

## **Eine Debatte der Erschrockenen**

### **Was ist eigentlich neu, und was ist das Erschreckende an der Debatte zur Unterschicht?**

Für die Katholische Arbeitnehmer Bewegung, KAB im Bezirk Aachen-Stadt/Eifel ist die Tatsache nicht neu, dass über 10 Millionen Menschen an der Armutsgrenze leben. Neu ist, die Betroffenen, darunter viele Kinder, mit dem Begriff Unterschicht zu beschreiben. Und es erstaunt, dass das Erschrecken mehr dem Begriff und nicht der beschriebenen Realität gilt.

Mit dem Begriff Unterschicht werden diejenigen Menschen beschrieben, die armutsbedingt von jeglicher gesellschaftlicher Teilhabe und Teilnahme ausgeschlossen sind und die keine Möglichkeiten und Chancen haben, aus eigener Kraft dieser Situation zu entkommen. Der Begriff suggeriert zudem, dass den Menschen ihre Situation kollektiv bewusst ist – sie darum eigene Reaktionsweisen, Verhaltensweisen und Lebensentwürfe ausbilden, um sich mit ihrer Situation zu arrangieren.

Der größte Teil dieser Menschen ist völlig unverschuldet – wegen Arbeitslosigkeit – in diese Situation geraten; nur die Wenigsten haben freiwillig die Fahrkarte Unterschicht gezogen. Und wenn sich gesellschaftliche Ängste auf die Unterschicht konzentrieren, wie es das Beispiel Frankreich mit den Unruhen in den Pariser Vororten zeigt, dann doch nur, weil eben der Unterschicht die gesellschaftliche Solidarität verweigert wird.

So definiert bringt der Begriff Unterschicht die Realität auf den Punkt.

Die aufgeregte Debatte belegt, dass Verantwortliche aus Politik und Wirtschaft im Schulterschluss versuchen, die Realität und die damit verbunden Herausforderungen zu leugnen:

- Es fehlt ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor, um gerade für Menschen mit einfachen Qualifikationen und Bildungsabschlüssen Arbeit zu schaffen;
- Es fehlt die Umsetzung eines Rechtes auf ein menschenwürdiges Einkommen, wenn die Gesellschaft das verfassungsmäßige Recht auf Arbeit nicht gewährleisten kann;
- Die fortschreitende Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben;
- Ausgrenzung und Stigmatisierung statt Solidarität und Hilfe für Menschen, die zur Unterschicht gehören.

Die KAB im Bezirk Aachen-Stadt/Eifel fordert alle Verantwortliche in Staat und Gesellschaft, in Politik, Wirtschaft und Kirche auf, diese Herausforderungen endlich anzupacken.

Aachen, den 2.11.06